

SPL-Abstimmung: Volk gewichtet unbestrittene Massnahmen höher

Das Argument, welches die Mehrheit überzeugt hat: Mit einem Nein wären die Probleme nicht gelöst worden.

Gary Kaufmann

Vergangenen Sonntag haben sich 52,6 Prozent der Stimmbürger für eine Neuaufrichtung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) ausgesprochen. Von allen acht Urnengängen des Jahres war es die knappste Entscheidung. Warum die Waage in diese und nicht in die andere Richtung ausgeschlagen hat, zeigen die Ergebnisse der Abstimmungsumfrage, die das Liechtenstein-Institut zusammen mit dem Vaduzer Medienhaus durchgeführt hat.

Als Hauptargument für ein Ja sticht hervor, dass die Probleme der staatlichen Pensionskasse bei einem Nein

nicht angegangen worden wären. Die persönliche Betroffenheit war ein wichtiger Faktor, wo das Kreuz gesetzt wurde. Und aufgrund der komplexen Sachfrage spielte die Empfehlung der Regierung und der SPL eine auffällig starke Rolle in der Meinungsbildung im Vergleich zu anderen Abstimmungen. Gut ein Fünftel der Ja-Stimmenden hat angegeben, dass sie mit dem Thema endlich abschliessen möchten.

Entweder wird das Gesamtpaket umgesetzt oder überhaupt nichts

Das Pro-Argument, das mit fast zwei Drittel der Umfrageteilnehmenden (64 Prozent) die meiste Zustimmung erhielt: Im Falle einer Ablehnung wäre

das gesamte Massnahmenpaket der Regierung nicht umgesetzt worden – also auch unbestrittene Punkte, die von dem Referendumskomitee ebenfalls befürwortet werden. Das wesentliche Beispiel hierfür lautet, die Umverteilung zwischen Aktivversicherten und Rentnern zu beheben. Auch die anderen Motive für ein Ja, die Verpflichtung des Staats als Arbeitgeber und der höhere Spielraum der SPL durch die Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital, stiessen auf eine mehrheitliche Zustimmung. Einigen Befürwortern war wichtig, dass der Staat ein konkurrenzfähiger Arbeitgeber bleibt.

Das Referendumskomitee hat im Abstimmungskampf eine «ungerechte

Ungleichbehandlung» gegenüber privaten Pensionskassen hervorgehoben. Es könne nicht sein, dass die SPL wegen zu hoher Rentenversprechen schon wieder mit Steuergeldern «fitgemacht» werde – diesem Argument stimmten 53 Prozent zu. Zudem sei der Deckungsgrad der staatlichen Pensionskasse aktuell mit über 100 Prozent ausreichend hoch. Den meisten Kritikern ging es darum, dass das Volk darüber befinden soll, ob die staatliche Pensionskasse das 2014 gewährte zinslose Darlehen von 93,5 Millionen Franken zurückzahlen muss oder nicht. Diese Entscheidung hat das Volk jetzt gefällt, wenn auch nur mit geringer Mehrheit. **7**